

Ministerien und Gremien: Vereinigtes Königreich (Großbritannien)

1. Für Bildung und Forschung zuständige Ministerien
2. Beratungsgremien für Forschungs- und Bildungspolitik

1 Für Bildung und Forschung zuständige Ministerien

Nach der Regierungsumbildung in Folge des Rücktritts des Premierministers David Cameron im Juli 2016 erhielt das Bildungsministerium (Department of Education, DoE) die umfassende Zuständigkeit für alle Bildungssektoren in England, einschließlich von Berufs- und Hochschulbildung. Diese Änderung ist Teil eines Kurswechsels in der Hochschulpolitik der aktuellen Regierung, die bei Hochschulfragen ein größeres Gewicht auf die Interessen der Studierenden legen will (siehe DAAD-Bildungssystemanalyse 2018).

Die Verantwortung für Forschung und Innovation liegt dagegen weiterhin bei dem Wirtschaftsministerium (siehe unten). Die für Hochschulen, Forschung und Innovation zuständige Staatssekretärin bzw. der Staatssekretär (Minister of State for Universities, Research, Science & Innovation) untersteht daher sowohl dem Bildungs- als auch dem Wirtschaftsministerium („Joint Minister“).

Das Vereinigte Königreich (Großbritannien) zählt zu den wenigen Ländern, in denen für Forschung, Entwicklung und Innovation in Unternehmen und in Hochschulen ein und dasselbe „Superministerium“ seit 2009 zuständig ist. Seinen jetzigen Zuschnitt erhielt das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie (Department for Business, Energy and Industry Strategy, BEIS) im Juli 2016, als das ehemalige Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Kompetenzen (BIS) mit dem Ministerium für Energie und Klimawandel (DECC) fusioniert wurde.

Die Landesteile Schottland, Wales und Nordirland haben im Zuge der Devolution die Verantwortung für Bildung erhalten. Das [Bildungsministerium](#) von Schottland (Cabinet Secretary for Education and Skills) ist für alle Bildungssektoren einschließlich der Hochschulen zuständig. Schottland hat außerdem ein eigenes [Wirtschaftsministerium](#) (Cabinet Secretary for Finance, Economy and Fair Work), das Maßnahmen zur Innovationsförderung durchführt. Ähnliches gilt für Wales sowie Nordirland. Im Rahmen der Zuständigkeit für Universitäten tragen Schottland, Wales und Nordirland auch die Verantwortung für die institutionelle Forschungsfinanzierung an Universitäten (siehe unter [Forschungs- und Förderorganisationen](#)).

[Nach oben](#)

2 Beratungsgremien für Forschungs- und Bildungspolitik

Während das Vereinigte Königreich (Großbritannien) in der Forschungs- und Innovationspolitik auf ein stark ausdifferenziertes Beratungssystem setzt, fehlt es für die Bildungspolitik an Beratungsgremien. Ende 2016 beschloss die Regierung, keine weitere Finanzierung für die 2008 geschaffene UK Commission for Employment and Skills (UKCES) bereitzustellen, woraufhin diese 2017 aufgelöst wurde. Der OECD-Bericht „[Getting Skills Right: United Kingdom](#)“ empfahl dringend, möglichst bald ein Nachfolgegremium zu schaffen, das vergleichbare Anstrengungen in Bezug auf Datensammlung und -analyse unternehmen könnte. Zu ausgewählten Fragen wird der Bildungsausschuss des Unterhauses tätig („Education Select Committee“ des House of Commons).

Der Government Chief Scientific Advisor (GCSA) ist nicht nur für Wissenschafts- und Technologiepolitik zuständig, sondern auch dafür, dass das Kabinett in seinen politischen Entscheidungen insgesamt wissenschaftliche Erkenntnisse und wissenschaftsbasierte Empfehlungen nutzt. Der GCSA untersteht der Premierministerin und wird durch das Government Office for Science (GO Science), das bis zu 80 Personen beschäftigt, unterstützt. Einem mehrjährigen Programm folgend, werden Studien durchgeführt, einschließlich solcher zu Foresight und Horizon Scanning.

Praktisch alle britischen Ministerien verfügen darüber hinaus über eigene Chief Scientific Advisors ([Übersicht CSAs](#)), die mit dem Government Chief Scientific Advisor ([GCSA](#)) zusammen arbeiten.

Zu ressortübergreifenden Fragen der Wissenschafts- und Technologiepolitik wird der unabhängige Council for Science and Technology (CST) tätig. Die Mitglieder werden von der Premierministerin berufen. Neben renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gehören Leitungspersonal der Hochschulen, der Wirtschaft sowie der Forschungsräte und Akademien dazu.

Die Akademien leisten auch außerhalb des CST unabhängige Politikberatung in den von ihnen vertretenen Disziplinen ([Royal Society Beratung](#), [Royal Academy of Engineering Beratung](#)).

Einen wichtigen Input zu vielen Fragen der Forschungs- und Innovationspolitik liefern außerdem die Parlamentsausschüsse zu Wissenschaft und Technologie im britischen Ober- und Unterhaus (Science and Technology Select Committees House of Commons und House of Lords). Diese führen eine Vielzahl von Untersuchungen durch und fassen die Ergebnisse in Berichten zusammen.

Der 1991 von der Nuffield Foundation ins Leben gerufenen Nuffield Council on Bioethics ist ein unabhängiges Gremium zur Erörterung ethischer Fragen, die neue Entwicklungen in den Bereichen Gesundheit und Biowissenschaften aufwerfen.

Die schottische Regierung verfügt über eigene wissenschaftliche Beratungsgremien wie den Chief Scientific Adviser for Scotland ([CSA](#)) sowie den Scottish Science Advisory Council ([SSAC](#)). Die Fachgesellschaft Royal Society of Edinburgh ([RSE](#)) arbeitet im Gegensatz zu den britischen Fachgesellschaften disziplinenübergreifend.

[Nach oben](#)